

Nach, den Steuerleid zu verweigern. Ich habe auch nicht gefordert, den Eid, den letzten Rest der christlichen Staatsauffassung, ganz aus dem Rechtsleben des neuen Staates zu tilgen. Die unerhörteste Verleumdung des Katholikentages war die Behauptung, ich hätte zur Steuerhinterziehung aufgefordert und dem Kapitalismus zuliebe die Grundzüge über den Steuerleid aufgestellt. In Wirklichkeit war die Rede gegen den Kapitalismus gerichtet, ein Wodruf an das Gewissen, um den Gewinnsuchtsgeist und den verfluchten Mammonismus unserer Tage wirklich zu brechen.

Ein Heroinfall

Von hervorragender Zentrumsseite wird uns folgendes geschrieben: „Am 20. November hat, wie gemeldet, vor dem Landgericht I in Berlin der Prozeß des Reichsfinanzministers Erzberger gegen die „Deutsche Zeitung“ begonnen. Bereits nach einer Stunde war die moralische Niederlage der „Deutschen Zeitung“ da. Bei seiner ersten Rede hat der Beklagte, der Redakteur Dr. Wülfel, zugegeben, daß die Informationen, auf denen sein Artikel über Erzberger aufgebaut war, sich inzwischen als falsch erwiesen hätten. Er könne deshalb keinesfalls mehr den Vorwurf aufrecht erhalten, als habe der Minister Erzberger gelogen. Er bedaure, diesen Vorwurf überhaupt erhoben zu haben. Es war so dem Minister Erzberger nahegelegt worden, den wegen Beleidigung gestellten Strafantrag zurückzuziehen. Erzberger erklärte aber, angesichts der politischen Bedeutung muß ich das Gericht um ein Urteil bitten. Er nahm also die Erklärung des Angeklagten nur zur Kenntnis.

Das Urteil, das aus dem ersten Teil der Verhandlung gefunden werden muß, ist klar. Die „Deutsche Zeitung“ hat eine Niederlage erlitten, wie sie wohl noch in keinem Pressebeleidigungsprozeß einem verantwortlichen Politiker der ernst genommen werden will, zuteil geworden ist. Das strafwürdige Urteil ist zwar noch nicht gefällt. Es ist durch den weiteren Verlauf der Verhandlung hinausgeschoben, aber nicht aufgehoben worden. Aus rein juristischen Formalitäten mußte, nachdem einmal der Artikel der „Deutschen Zeitung“ vom 25. Oktober unter Anklage gestellt war, auch der Satz behandelt werden, daß es dem Reichsfinanzminister Erzberger auf eine Lüge mehr oder weniger nicht ankomme. Im wesentlichen hat jener Artikel lediglich die Tatsache behandelt, daß von irgend einer deutschen Seite eine Million Goldmark an Frankreich bezahlt wurden als Zühne für die Abtötung des französischen Sergeanten Manheim in Berlin. In dieser Sache hatte Erzberger weder in der Nationalversammlung noch sonstwo eine Erklärung abgegeben. Es konnte also nicht von einer Lüge die Rede sein. Die Verteidiger des Beklagten haben es dann unternommen, Beweise anzubieten dafür, daß der Satz, den Dr. Wülfel geschrieben hat, richtig ist, wonach Erzberger ein gewohnheitsmäßiger Lügner sei. Sie haben dabei auf fünf Fälle zurückgegriffen, deren ältester aus dem Jahre 1905 stammt, also heute über 14 Jahre alt ist. Der jüngste hat sich erst ereignet, als der Artikel der „Deutschen Zeitung“ bereits eine Woche lang veröffentlicht war. Er konnte also noch nicht benutzt werden, um den Nachweis zu stärken, als ob man es in dem Reichsfinanzminister Erzberger tatsächlich mit einem gewohnheitsmäßigen Lügner zu tun hätte. Die fünf Fälle, um die es sich hier gedreht hat, waren die Angelegenheit des Holles Böplan, für den sich Erzberger im Jahre 1905 in der Reichskanzlei verbündet hat, dann die Vorgeschichte der Friedensresolution im Juli 1917, von der die Regierung angeblich nichts gewußt haben soll, dann die Haltung der Zentrumsfraktion zu den Helfferichschen Steuerplänen im Jahre 1916, ferner die Behauptung Erzbergers über ein englisches Friedensangebot im Jahre 1917 und schließlich eine Äußerung, die er dem deutschnationalen Abgeordneten Warburg gegenüber getan haben soll, die dieser als unrichtig bezeichnet habe.

Was bis jetzt politisch aus dem Prozeß und seiner Verhandlung herausgeholt werden kann, ist in seinem Urteil ungemein knapp beisammen. Es ist die Erkenntnis für jeden, der sehen will, daß die alldeutsche Politik mitfamt ihrem deutschnationalen Gefolge in dem blind wütenden Kampf gegen das Zentrum und den Reichsfinanzminister eine Niederlage erlitten hat; wie sie wohl noch kaum in der deutschen Presse zu verzeichnen war. Die Folge davon ist natürlich, darüber sind wir uns klar, daß die auf Haupt Beschuldigungen nicht klein beigegeben werden. Sie wollen aus dem Prozeß, wenn er mit dem erweiterten Zeugenlisten weitergeführt wird, politische Geschäfte machen. Es ist ja gewissen Leuten im alldeutschen Lager nichts schlecht genug und nichts gut genug, wenn es in den Kampf gegen Erzberger einschaltet werden kann. Haben die Rechtsanwälte und der Angeklagte nicht erfährt, daß sie nicht bloß im Gerichtssaal eine ungeheure Blamage sich erkaufen haben, sondern daß auch im ganzen Volk man durch solch eigenartige Kampfführung keinesfalls Sympathien gewinnt? Es ist zuzugeben, daß es sich nicht um Sympathien handelt, wenigstens nicht ausschließlich. Das Wesentliche ist die Wahrheit. Die wird ergründet werden. Wenn die Zeugen vom Gericht geladen werden, die der Angeklagte zitieren haben will, wird wohl der Heroinfall noch größer werden. Es war ja ein besonderes Stückchen politischer Blamage, das dadurch sich ereignete, daß die vom Beklagten für die Donnerstagsverhandlung geladenen Zeugen, wie Bethmann Hollweg, Justizminister a. D. Dr. Spahn, Dr. Waldstein, gar nicht erschienen sind. Bethmann Hollweg hat sogar einen Brief geschrieben, er werde nicht erscheinen. Das sind die Persönlichkeiten, die beifällig sein sollen, den Beweis gegen Erzberger zu führen, daß er ein gewohnheitsmäßiger Lügner sei. Es ist durch den Vorwurf, daß er in sechs Fällen besonders kraft gelogen hätte, dem Reichsfinanzminister ungemein leicht gemacht worden, eine bedeutungsvolle politische Rede im Gerichtssaal zu halten.

Ueber diese Ausführungen darf man nicht so ohne weiteres zur Tagesordnung übergehen. Aus den Erzbergerischen Darlegungen seien deshalb folgende Gedanken wiederholt: Allerdings hat Erzberger im Juli 1917 der Reichsregierung nicht erklärt, daß es zu einer Resolution kommen werde; er hat vielmehr mit maßgebenden Persönlichkeiten gesprochen und durchblicken lassen, daß er angesichts des Versagens des U-Bootkrieges eine Aktion unternehmen werde. Daß die Dinge so weit sich entwickelten, daß die Verhandlungen mit einer Resolution endeten, ist natürlich nicht voraussehen gewesen. Erzberger hatte auch Gelegenheit, den vielschichtig erhobenen Vorwurf endlich einmal öffentlich zurückzuweisen, als ob er in Weimar von einer Friedensvermittlung Englands gesprochen hätte. Er verweist auf das amtliche Stenogramm, aus dem klar hervorgeht, daß nur von einem Friedensfühler Englands seinerseits gesprochen wurde. Diese Feststellung war nicht bloß für den Gerichtssaal bestimmt. Sie muß hinausdringen, damit endlich einmal der sorgfältigen Verwirrung, die gewisse Kreise absichtlich betreiben, ein Ende gesetzt werde.

In den Parteikreisen kann man äußerst zufrieden sein mit der glänzenden Rechtfertigung, die Erzberger durch den bisherigen Gang des Prozesses gegen die „Deutsche Zeitung“ gefunden hat.

Noch ein Gedendblatt

Von einem Kulturkämpfbeteranen

In der Stunde, da im Reichstagsgebäude in Berlin die Trauerfeier für den verdienstvollen unvergessenen Zentrumsführer, Herrn Staatssekretär A. Gröber, stattfindet, gedenken wir mit innigster Dankbarkeit seines Wirkens. Mit welcher Freude wurde er doch immer auf den Katholikentagen begrüßt; erfrischend und begeisternd war es immer, ihm in seinen Vorträgen zu lauschen. In früherer Erinnerung ist dem Eindecker noch, wie er auf dem Katholikentag in Reife 1899 die Grüße seiner Heimat ausbrachte, dabei für die Freiheit der katholischen Orden kraftvoll eintrat und hervorhob, daß der katholische Volksteil keineswegs „fiktiv bleibt“, wenn es gilt, am Wohle des Staates und Volkes mitzuarbeiten, auch wenn es gilt, Opferwilligkeit und mutiges Eintreten für katholische Ideale an den Tag zu legen.

Gröbers Wirksamkeit für den Volksverein und für Erhaltung der christlichen Schule wurde 1902 auf dem Mannheimer Katholikentag vom Graf Reehberg-Rothlöwen anerkannt und hervorgehoben, daß die Versammlung von 36 000 Katholiken in Ulm zur Verteidigung der christlichen Schule Gröbers Einfluß zu danken sei.

In seinem in Mannheim gehaltenen Vortrage „zur Verteidigung der christlichen Ordnung in der Gesellschaft“ wendet sich Gröber vor allem an die „akademisch gebildeten Berufsstände“ um ihre Mitarbeit. Auch alle Laien überhaupt müssen in einzelnen wie in Organisationen fest und treu die christliche Ordnung in der Gesellschaft verteidigen. Für jeden Apuziner mit Rutte, den man uns verweigert, müssen zwei solche ohne Rutte eintreten. „Der Mensch hat soviel Tugend, als er Opfer dafür bringt!“ ruft er aus und fordert zur freudigen Opferwilligkeit auf für Erhaltung der christlichen Weltordnung durch Wort und Schrift — katholische Presse — sowie durch jede mögliche Mitarbeit auf.

Auf dem Katholikentag in Köln 1903 behandelt Gröber die Sozialpolitik der Katholiken Deutschlands; „diese haben auf ihren Generalversammlungen die Befundung der sozialen Frage früher in die Hand genommen, als alle Führer und Häupter der Sozialdemokratie“. Auf diesen Versammlungen wurde immer wieder auf die unveränderlichen Grundzüge christlicher Nächstenliebe und Gerechtigkeit hingewiesen. deren Befolgung allein das Glück der menschlichen Gesellschaft begründen kann.

Die Einzelausführung dieses Vortrages ist heute wieder von hohem Interesse; hier reißt zu dessen Wiedergabe der Raum nicht aus.

Katholische Hochschulseelsorge in Leipzig

Zeit Anfang des Wintersemesters besteht für die Hochschulen in Leipzig die Einrichtung der Hochschulseelsorge (Hochschulseelsorger Wilhelm Reier, Leipzig-Gohlis, Garnisonstraße 14). Wochentags während des Semesters findet um 1/2 12 Uhr akademischer Gottesdienst mit Predigt statt. Aller 14 Tage werden apologetische Vorträge gehalten. Im Anschluß an die Hochschulseelsorge ist eine sozialwissenschaftliche Zentrale im Ausbau begriffen. Sie macht sich die Vertiefung sozialen Wissens und die Vermittlung und Anregung zu praktisch-sozialer Tätigkeit zur Aufgabe.

Der Hochschulseelsorger steht den Akademikern für alle religiösen Fragen zur Verfügung, er bemüht sich außerdem, den Studierenden in Wohnungs-, Stipendien- und Arbeitsvermittlung Angelegenheiten zur Seite zu stehen. Zu diesem Zwecke wird gebeten, für Studierende (männlich und weiblich) geeignete Zimmer, sowie etwa zu vergebende Privatstunden dem Hochschulseelsorger mitzuteilen.

Die Seelsorger und Eltern von Studierenden werden gebeten, die Studierenden, die die Leipziger Hochschulseelsorge, auf die Einrichtung hinzuweisen und deren Adressen sofort dem Hochschulseelsorger mitzuteilen.

Die Reichsabgabenordnung

Stimmungsbild aus der Nationalversammlung von einem parlamentarischen Betreuer

Berlin, 24. November

Die Reichsabgabenordnung ist ein Aufruf! Eine Einleitung zu dem überaus dornenvollen Wege, der zur Gesundung unserer Finanzen führen soll. Der künftige Finanzbau des Reiches ist ja vorerst nur in unklaren Linien zu erkennen. Ueber die Wirkungen der vorgelegenen Steuerpläne kann man sich nur in Vermutungen äußern. Das gilt

in erhöhtem Maße für die Reichsabgabenordnung, die erst die Basis darstellen soll, auf welcher das finanzielle Gerüst des neuen Deutschen Reiches aufgerichtet werden dürfte. Wenn man von einem politischen Gesicht, einer bestimmten Tendenz dieses Gesetzes sprechen wollte, so müßte man sagen, daß es die Jüge des Leidens und der Not trägt, die unserer Zeit rar einmal eingedrückt sind. Es löst sich nicht los, wenn die Reichsabgabenordnung ein gewisses Bewußtsein darstellt, um einen, unter den obwaltenden Umständen irgendwie möglichen gangbaren Ausweg zu suchen, der uns aus der entsetzlichen Wirrnis unserer Lage herauszuführen vermöchte. Noch kein Gesetz hat die persönliche Bindung des einzelnen so stark ausgesprochen und im einzelnen durchgeführt, wie diese Reichsabgabenordnung. Gegen eine ganze Reihe ihrer Bestimmungen bestehen die lebhaftesten Bedenken. Nur die außerordentliche Not der Zeit läßt es verständlich erscheinen, daß man zu solchen außerordentlichen Mitteln greift.

Die zweite Beratung der Reichsabgabenordnung in der Nationalversammlung spiegelt die ganze Krisis unserer Lage getreulich wieder. Die Rechtsparteien stehen auch zu diesem Gesetz in seiner Gesamtheit in ausgesprochener Opposition. Gegenüber den Beschlüssen der Kommissionen hat in den bisherigen Verhandlungen die Reichsabgabenordnung eine wesentliche Veränderung nicht erfahren. Die Mehrheitsparteien bilden ein geschlossenes Gefüge, das hinter dieser Vorlage steht und ihr Zustandekommen sicher. Finanzminister Erzberger hatte unter diesen Umständen es nicht nötig, übermäßig viel in die Debatte einzugreifen. So vollzog sie sich dann auch im wesentlichen in vollkommener Ruhe und Sachlichkeit. Lebhafter wird es werden, wenn die Einzelsteuergesetze zur Verhandlung kommen werden.

Die Abstimmungen wurden mit wechselnder Mehrheit vorgenommen. Die teilweise außerordentlich geringe Anteilnahme der Abgeordneten an den Beratungen und Abstimmungen ließ Fehrenbach durch ausgiebigen Gebrauch seiner präsidentalen Befugnisse auffrischen. Sämtliche Klänge, Ruf- und Läutesignale, alle Supten wurden in Bewegung gesetzt, mit dem Erfolge, daß tatsächlich jeweils sich genügende Mehrheiten ergaben, so daß man um die zeitraubenden Auszählungen herumkam.

Die Rückkehr der Pariser Kommission

Berlin, 24. November. Die Geheimen Legationstätigkeit v. Simson und Grappert und die anderen Mitglieder der Kommission, die zu den Verhandlungen nach Paris entsendet worden waren, sind heute früh in Berlin eingetroffen.

Ministerialdirektor v. Simson hat nachmittags im Kabinett über seine Pariser Verhandlungen Bericht erstattet. Seine Rückkehr erfolgte, weil in der Angelegenheit der Verjüngung der Flotte von Scapa Flow neue Instruktionen nötig geworden sind. Alle Kombinationen, als hänge die Abreise des Herrn v. Simson mit der Haltung des amerikanischen Senats zusammen, sind gegenstandslos. Deutschland hat ein Interesse nicht an der Verzögerung, sondern am Abschluß des Friedens. Damit werden auch die Andeutungen hinsichtlich, als bedeute die Abreise des Herrn v. Simson einen Abbruch der neuerlichen Verhandlungen.

Paris, 24. November. „Temps“ spricht anlässlich der Abreise des Ministerialdirektors v. Simson von einem Theatercoup, über den er Aufklärung verlange; dränge Deutschland doch seit fünf Monaten darauf, daß der Vertrag von Versailles in Kraft gesetzt werde. „Temps“ glaubt, daß die deutschen Bevollmächtigten den Eindruck hätten erwecken wollen, daß sie über die Bedingungen erstaunt seien, die man ihnen in Paris gestellt habe; sie seien ihnen aber seit drei Wochen bekannt gewesen. Die Gefangenensfrage sei an die Inkraftsetzung des Friedensvertrages gebunden. Für ein Votum der Nationalversammlung sei kein Platz, da ja ein vorher abgeschlossenes Abkommen nicht vorliege. „Temps“ fragt sich deshalb, ob nicht in der deutschen Regierung oder in ihrer Umgebung Männer seien, die den Frieden unter dem Vorwand in Frage stellen wollten, daß der amerikanische Senat den Versailler Vertrag nicht ratifiziere, und ob nicht hinter der deutschen Regierung militaristische und reaktionäre Einflüsse wirken, die die Inkraftsetzung des Vertrages um jeden Preis verhindern wollen, um die Entwaffnung Deutschlands und die Befestigung der demokratischen Regierungsform zu verhindern. Die deutsche Regierung habe das Wort.

„Laut „Presse de Paris“ bildet die Abreise Simsons und seiner Mission vorwiegend den Gesprächsstoff. Die Gründe des deutschen Diplomaten seien nicht überzeugend. Wenn er sage, man müsse die deutsche Nationalversammlung über das Protokoll fragen, so machte er sich lustig, denn der Inhalt des Protokolls sei seit Beginn dieses Monats bekannt. Es könne sich also nur um ein Mandat über handeln. Deutschland wolle das Zögern des amerikanischen Senats ausbeuten; aber dieses Mandat werde der Fünfterrat durchkreuzen. Uebrigens müsse man wiederholen, daß die Regierung von Berlin am meisten daran interessiert sei, das sofortige Inkrafttreten des Friedensvertrages von Versailles sicherzustellen.

Paris, 24. November. Die „Presse de Paris“ schreibt, daß die Abreise Simsons mit seinem ganzen technischen Gefolge nach Berlin zu zahlreichen Kommentaren Anlaß gegeben habe. Das Blatt fügt bei, daß Simson diese plötzliche und unvorhergesehene Entschickung im Anschluß an eine Besprechung mit den französischen Delegierten Dutasta und Berthelot gefaßt habe. Er konferierte auch mit den englischen und amerikanischen Delegierten. Simson erklärt seine Abreise damit, daß das Deutschland vorgelegte Protokoll betreffs der Nichtinnehaltung des Waffenstillstandes und der über die Einzelheiten der Ausführung des Friedensvertrages gepflogenen Ver-